



Unser Blättche

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

Januar 2019

gerade haben wir den Jahreswechsel gefeiert. Für viele war es ein ereignisreiches, hoffentlich auch ein erfolgreiches Jahr. Hier in Undenheim hat sich auch wieder einiges getan. „Hurra, er ist endlich fertig, unser Sportplatz“, jubeln die Sportler. Hat ja auch lange genug gedauert. Wir freuen uns mit ihnen. Denn dies war ein Herzensprojekt von uns, das wir stetig voran getrieben haben.

Wir freuen uns, dass viele Mitbürgerinnen und Mitbürger an unserer Umfrage teilgenommen haben, vielen Dank das sie dich die Mühe gemacht haben. Es besteht auch weiterhin die Möglichkeit diesen noch in den Briefkasten der Fa.Möller Staatsrat Schwamb Str 76 einzuwerfen. Sollten Sie aus irgendeinem Grund kein Befragungsbogen bekommen haben lassen Sie uns es wissen oder laden sich den Fragebogen unter www.spd-undenheim.de herunter.

In unserer nächsten Ausgabe von unserem „Blättche“ informieren wir Sie über die Auswertung.

Schlimm finden viele von Ihnen die örtliche Verkehrssituation - überall parkende oder schnell-fahrende Autos. „Man kommt kaum noch durch“, schimpfen viele Undenheimer. Einige Verbesserungen wie die 30er Zone an Schule und Kindertagesstätte sind ja schon da. Wir von der SPD bleiben am Ball.

Die Undenheimer Sozialdemokraten werden sich auch im kommenden Jahr für Sie und unsere schöne Gemeinde einsetzen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Ihren Familien ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2019.

Ihr SPD Ortsverein Undenheim



Termine

- 17.1.2019 Sitzung Haupt-und Finanzausschuss, öffentlich, Goldbach-Halle, Alzeyer Str. 33
- 6.2.2019 SPD Mitgliederversammlung, 19 Uhr, Bienenkörbchen, Storchengasse
- 7.2.2019 Gemeinderatssitzung, öffentlich, 19 Uhr, Goldbach-Halle, Alzeyer Str. 33

Zukunft der hausärztlichen Versorgung

von Bettina Kröhler

Wie sieht die Zukunft der hausärztlichen Versorgung insbesondere auf dem Land aus? Dies war das Thema der Podiumsdiskussion, die am 23.11. in Undenheim stattfand. Auf dem Podium saßen der Hauptgeschäftsführer der Landesärztekammer Dr. Hoffart und die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz Kathrin Anklam-Trapp. Moderiert wurde die Diskussion vom Vorsitzenden des Seniorenbeirats im Landkreis Mainz-Bingen, Dr. Anton Miesen.

In einer zweistündigen Debatte wurde klar: In fünf Jahren ist nicht nur die Landbevölkerung, sondern auch die noch praktizierenden Landärzte und Landärztinnen werden überaltert sein. Seit mehr als 25 Jahren haben sich im Rahmen der restriktiven Bedarfsplanung keine jungen Allgemeinärzte mehr niederlassen können und jetzt, im 26. Jahr, fehlt eine ganze Generation an Hausärzten hier draußen auf dem Land.

Dr. Hoffart von der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz informierte, dass im Rahmen einer Novellierung der Approbationsordnung ein Allgemeinarzt-Quartal im Praktischen Jahr den Medizinstudenten die hausärztliche Versorgung schmackhaft machen soll. Auch das Kompetenzzentrum Allgemeinmedizin an der Unimedizin Mainz soll zur Verbesserung der Weiterbildung Allgemeinmedizin beitragen. Die Landesärztekammer fordert nachdrücklich eine Erhöhung der Medizinstudienplätze um mindestens 10 Prozent an der Universität in Mainz. Ob die Einführung einer Landarztquote die Situation im Bereich der Allgemeinmedizin verbessern wird, bleibe abzuwarten.

Im Fokus der politischen Verhandlungen sieht Kathrin Anklam-Trapp die Gesundheitsversorgung als das Hauptthema der Zukunft. Andere Praxisformen wie Medizinische Versorgungszentren (MVZ) und Ärztegenossenschaften wären eine Möglichkeit. Die Fachausbildung von medizinischen Fachangestellten zu Versorgungsassistenten sei auch ein Schritt in die richtige Richtung, um die Ärzte zu entlasten.

Hausärztin Dr. Silke Mörchen stellt fest, dass die Politik die Hilferufe der Hausärzte seit Jahren nicht gehört habe. Zudem werde die Tätigkeit gänzlich unterbewertet und finanziell nicht angemessen vergütet - das bei einer 50 bis 60 Stunden Woche. In den nächsten fünf Jahren folgen auf 500 Hausärzte, die in Rente gehen, nur maximal 65 Allgemeinmediziner pro Jahr, die ihre Facharztprüfung ablegen. Viele von diesen wollen aber keine Wochenarbeitszeit von 50 bis 60 Stunden. Das heißt, auf 20 in Rente gehende Ärzte folgen nur noch ein bis zwei Kollegen nach.

Ein Ende der Budgetkürzung der Arztleistung und der drohenden Arzneimittelregresse bei wirtschaftlicher Verordnung bei zunehmend älterer Bevölkerung sind Grundvoraussetzung.

Einem solchen Risiko wollen sich angehende Ärzte nicht mehr aussetzen und wählen deshalb nicht mehr den Weg in die Selbständigkeit; sie wählen eher den Angestelltenmodus, auch wegen der geringeren Arbeitsbelastung. Insbesondere der ältere, immobile Patient auf dem Land habe ein Recht auf eine gute ärztliche Versorgung - ein besonderes Anliegen von Dr. Miesen.



Fazit: Die Lösung dieses Problem geht uns alle an, sonst ist die Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung nicht mehr zu gewährleisten.

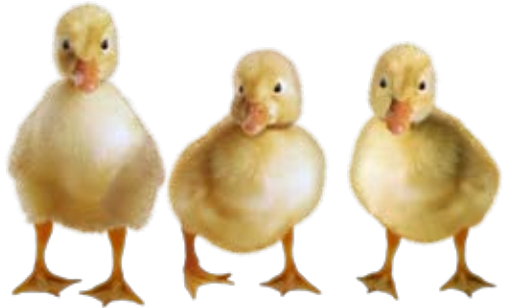
Foto: Bettina Kröhler
v.l.n.r.: Dr. Silke Mörchen, Kathrin Anklam-Trapp, Dr. Anton Miesen, Dr. Jürgen Hoffart

Neues aus Entenhausen - oder wie man die Bürger für dumm verkauft

„Zusätzliche Sprechstunden: BFU-Anliegen wird umgesetzt“, so zumindest vermeldete die BFU in einem ihrer Presseartikel. Doch was steckt dahinter?

In der Ratssitzung Ende Oktober hatte die Fraktion der SPD Udenheim den Antrag eingebracht, einen Seniorenbeirat einzurichten. Dieser sollte sich um die speziellen Wünsche, Bedürfnisse und Probleme von älteren Mitbürgern kümmern. Begründung: In der Gemeinde leben sehr viele ältere Menschen, die aufgrund ihrer Situation und ihrer Lebensleistung besondere Aufmerksamkeit verdienen. In vielen Kommunen des Landes ist eine solche Einrichtung längst selbstverständlich und gut etabliert. Auch in Udenheim fand der Antrag breite Unterstützung – die Ratsvertreter von WLU und CDU stimmten dafür.

Einzig die BFU war strikt gegen die Einrichtung eines Beirats unter Beteiligung der Bürger. Deren Gegenvorschlag lautete: Der erste Beigeordnete solle eine zusätzliche Bürgersprechstunde einrichten und die Anregungen dann in den Sozialausschuss weiterleiten. Dumm nur, dass vorher keiner von der BFU mit dem ersten Beigeordneten gesprochen hatte. Dumm auch, dass dieser diese Lösung nicht für angemessen hält. Und dennoch blockierte die BFU entgegen aller guten Argumente mit ihrer Einstimmigkeit den Antrag der SPD.



Der erste Beigeordnete wird die Sprechstunde halten - freiwillig. Der Rat kann ihm keine zweite Sprechstunde aufbürden. Die SPD fordert seit Jahren eine solch zweite Sprechstunde, doch dies wurde immer wieder mit dem Argument abgelehnt, dies zu entscheiden, sei Sache der Verwaltung und nicht des Rates.

Die Udenheimer Sozialdemokraten bleiben bei ihrer Position: Eine Sprechstunde ersetzt keinen Seniorenbeirat und erfüllt dessen Zweck und Aufgaben in keiner Weise. Es geht nicht darum, dass einzelne Senioren bei der Verwaltung gnädiger Weise einmal im Monat vorsprechen dürfen. Es geht darum, älteren Menschen ein automatisches Anhörungs- und Mitspracherecht bei allen Entscheidungen zu garantieren, die Senioren betreffen. Es geht darum, dass alle Beschlüsse so zu fassen sind, dass sie den Belangen unserer Senioren im dörflichen Leben gerecht werden.

Am 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger von Udenheim die neuen Gemeinderäte. Sie entscheiden darüber, ob die BFU weiterhin sinnvolle Vorschläge blockieren kann. Und sie entscheiden auch darüber, ob es einen Seniorenbeirat in unserer Gemeinde geben wird. Die SPD jedenfalls wird sich stets für eine solche Einrichtung und für die Rechte und Bedürfnisse unserer Senioren einsetzen.

IMPRESSUM

Hrsg.: SPD Ortsverein Udenheim. Redaktion: Peter Dietz, Bettina Kröhler, Christa Möller V.i.S.d.P.: Christa Möller, Ortsvereinsvorsitzende, Tel: 06737-8727. www.spd-udenheim.de Bilder: S 1,2,4: privat, Seite 3: pixabay.



Advent gefeiert an der Hütte

Bei winterlichen Temperaturen durfte der SPD Ortsverein am 14.12. viele Mitbürgerinnen und Mitbürger an der Adventshütte begrüßen.

Eines unser jüngsten Mitglieder, Christian Möller, hatte seine Kochkünste bewiesen und leckeres Pulled Pork zubereitet, dazu gab es hausgemachten Coleslaw-Salat. Das Ganze wurde auf einem knusprigen Sesambrotchen serviert.

Für Vegetarier hielten wir Butter-Laugengebäck bereit. Bei Glühwein, alkoholfreiem Kinderpunsch und guten Gesprächen konnten die Anwesenden in das dritte Adventswochenende starten. Der Dank der ersten Vorsitzenden Christa Möller galt allen Helfern vor und hinter den Kulissen.

Liebe Udenheimer - vielen Dank auch für Ihren Besuch!



Ladestation für E-Bikes

die SPD-Fraktion beantragte im Gemeinderat die Installation einer Ladestation für Elektrofahräder (E-Bikes) am Georg-Wiegand-Will Platz in Zusammenhang mit der Förderung dieser Maßnahme des Landkreises Mainz-Bingen.

Eine Ladestation für Elektromobilität würde die Gemeinde ökologisch in eine Vorbildfunktion stellen. Immer mehr Radfahrer steigen auf E-Bikes um und auch in Zukunft ist davon auszugehen, dass immer mehr Menschen auf Elektrofahrzeuge umstellen, wenn die passende Infrastruktur da ist. Da der Landkreis Mainz-Bingen eine Förderung zu dieser Maßnahme anbietet, sollte die Gemeinde sich für diese zeitnah bewerben.

Die Kosten für eine Standsäule mit 3 Ladestellen belaufen sich auf ca. 5000 bis 6000 Euro dazu kommen ggf. Kosten für eine gesonderte Verlegung der Stromleitungen, was aber zu überprüfen wäre. Bei dieser Gelegenheit wäre es sinnvoll bereits jetzt eine mögliche zukünftige Installation einer KFZ-Ladestation zu berücksichtigen. Die Anträge sollten schnellstmöglich gestellt werden, da diese nach Eingang bearbeitet werden. Alle anderen kommen auf eine Warteliste. Die Reservierung von Mitteln erfolgt ebenfalls nach Eingangsdatum. Die maximale Förderhöhe für Kommunen je Objektstandort beträgt 8000 Euro. Gefördert werden klassische Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge wie Wandeinrichtungen und Standsäulen sowie feste installiert Ladeeinrichtungen für E-Bikes.

Ein gutes Ergebnis: Die Gemeinderatsmitglieder stimmten einstimmig für diesen Antrag. Details werden im zuständigen Ausschuss beraten.